

Rechtsstaatswidriges Feindstrafrecht oder notwendige Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung?

Zur Verfassungsmäßigkeit der §§ 89a, 89b und 91 StGB

Am 4.8.2009 ist das "Gesetz zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten" (GVVG) in Kraft getreten und implementierte im Bereich des Terrorismusstrafrechts drei neue Straftatbestände, die §§ 89a, 89b und 91 StGB. Ein wichtiges Ziel dieser Normen ist es, den fortbestehenden Bedrohungen des internationalen Terrorismus auch mit Hilfe des strafrechtlichen Sanktionensystems bereits weit im Vorfeld geplanter Anschläge effektiv zu begegnen zu wollen. Die Straftatbestände führen das Strafrecht in den Grenzbereich des polizeilichen Gefahrenabwehrrechts und werfen grundlegende Fragen bezüglich der verfassungsmäßigen Grenzen eines solchen Präventionsstrafrechts auf. Die Arbeit beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Frage, ob eine weite Vorverlagerung der Strafbarkeit iSd. §§ 89a, 89b und 91 StGB noch von der Verfassung gedeckt ist und ob das materielle Strafrecht der richtige Ansatzpunkt gegen die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus darstellt.

Florian Rautenberg

Rechtsstaatswidriges Feindstrafrecht oder notwendige Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung?



84,00 €

78,50 € (zzgl. MwSt.)

Lieferfrist: bis zu 10 Tage

Artikelnummer: 9783848716548

Medium: Buch

ISBN: 978-3-8487-1654-8

Verlag: Nomos

Erscheinungstermin: 12.09.2014

Sprache(n): Deutsch

Auflage: 1. Auflage 2014

Serie: Sicherheit und Gesellschaft.

Freiburger Studien des Centre for Security and Society

Produktform: Kartoniert

Gewicht: 692 g

Seiten: 461

Format (B x H): 153 x 227 mm

